

Verlagsbedingungen und Anzeigensätze sind in der Morgenausgabe anzufinden. Redaktion: S.W. 66, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202 - 293. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

7 Goldpfennig

70 Milliarden

Sonabend

23. Februar 1924

Verlag und Anzeigenabteilung  
Ordnungs-Nr. 5 Ubt

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin S.W. 66, Cindenzstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

## Die Politik der Schwerindustrie.

### Was die deutsche wollte. — Was die französische tut.

Paris, 23. Februar. (Coa.) Das Ministerium des Aeußern hat gestern einen umfangreichen Band veröffentlicht, der von der unerbittlichen Methode Zeugnis ablegen soll, mit der Deutschland sich im Laufe des Krieges bemüht habe, Frankreich auf wirtschaftlichem Gebiete zugrunde zu richten. Dies Werk, so heißt es in dem vom Quai d'Orsay beifügten Begleitschreiben, stelle zugleich eine Antwort auf die Erklärung Ludendorffs an den Berater der „Göteborgs Tidning“ im Jahre 1922 dar, wonach alle Zerstörungen in Nordfrankreich nur aus militärischen Gründen erfolgt seien. Das Werk sei nichts anderes als die wörtliche Uebersetzung einer im Jahre 1916 in Bille auf Befehl des Großen Hauptquartiers von 200 deutschen Industriellen ausgearbeiteten Denkschrift mit dem Titel „Die Industrie im besetzten Frankreich“. Diese Schrift sei nur in wenigen Exemplaren streng vertraulich gedruckt worden, und nur durch Zufall sei während des deutschen Rückzuges ein Exemplar in die Hände der französischen Behörden gefallen. Jeder französische Industriezweig sei darin Gegenstand einer genauen Untersuchung mit Beschreibung der ermittelten Schäden und einer Aufstellung der Gewinne, die dem entsprechenden deutschen Industriezweig durch die Zerstörung des französischen möglicherweise zufallen könnte. Aus dem Buch gehe deutlich hervor, daß das deutsche Heer einen Schutzvorhang darstellen sollte, hinter dem eine Plünderung und Vernichtung der Wirtschaft eines gefährlichen wirtschaftlichen Gegners vor sich gehen konnte. Der Wirtschafts-krieg sei die Hauptfache gewesen und habe die militärischen Operationen bedingt. Die Lesüre dieses Buches, so schließt das amtliche Begleitschreiben, stelle eine furchtbare Anklage gegen seine Verfasser dar und erbringe den Beweis dafür,

daß sich Deutschland den Norden Frankreichs einverleiben wollte, um der Industrie Englands schärfere Konkurrenz machen zu können. Wenn die vom französischen Ministerium des Aeußern veröffentlichte vertrauliche Denkschrift der deutschen Industriellen echt ist, würde ihr Inhalt nur die im deutschen Volke weit verbreitete Anschauung bestätigen, daß die deutschen Industriellen, unter Führung der Schwerindustrie, im Bunde mit Ludendorff eine unheilvolle Politik getrieben haben, die in hohem Maße den Zusammenbruch Deutschlands förderte. Die bekannten anexionistischen Eingaben der deutschen Wirtschaftsverbände während des Krieges bewegten sich alle in ähnlichen Gedankengängen wie die jetzt veröffentlichte Denkschrift. Insofern ist ihr Inhalt weder neu noch besonders überraschend. Für die französische Regierung bietet allerdings diese Denkschrift billiges Agitationsmaterial, um die unveröhnliche Politik Frankreichs und vor allen Dingen die Ruhrpolitik zu rechtfertigen. Es ist indes zu hoffen, daß das französische Volk sich durch derartige Agitationsmethoden nicht verwirren lassen wird, nachdem die Haltung der französischen Schwerindustrie vor und während der Ruhrbesetzung den Beweis erbracht hat, daß die französischen Schwerindustriellen um keinen Deut besser sind als ihre deutschen Konkurrenten. Diese Feststellung mindert die Schuld der Schwerindustrie vor dem deutschen Volke nicht, sie ist vielmehr geeignet, die Erkenntnis zu fördern, daß der gemeinsame internationale Kampf der ausgebeuteten Volksschichten gegen die Kapitalgewaltigen allein den Weg weist, um aus dem jetzigen Elend herauszukommen.

## Aufwertung.

### Sozialdemokratie und dritte Steuernotverordnung.

Durch die mit dem Ablauf des Ermächtigungsgesetzes, dem Erlaß von einigen Dutzenden Verordnungen und dem Wiederzuammertreten des Reichstages geschaffene politische Lage ist die Erörterung des Inhalts der Dritten Steuernotverordnung etwas zu kurz gekommen. Kaum eines der zahlreichen Besetze der letzten Jahre enthält so ungeheurer einschneidende Bestimmungen wie diese Verordnung. Sie greift nicht nur in jedes Gebiet der Steuer- und Finanzgesetzgebung ein, sondern ist auch der seit langem bedeutsamste Eingriff in das Wirtschaftsleben und ist entscheidend für die soziale Struktur Deutschlands.

Die Grundlage der Verordnung bildet die Regelung der Beziehungen zwischen Gläubigern und Schuldern von Geldforderungen durch die sogenannte Aufwertung. Durch den furchtbaren Entwertungsprozeß der Mark, der die privaten und öffentlichen Schulden, die Anfang 1918 noch einen Wert von etwa 200 Milliarden Goldmark hatten, auf etwa 20 Goldpfennige entwertet hat, ist die größte ökonomische und soziale Revolution der Geschichte hervorgerufen worden. Die Hauptursache dieser mit unbeschreiblichem Elend der Mittelschichten und des Proletariats bei gleichzeitiger Bereicherung einer kleinen Zahl von Sachwertbesitzern verbundenen Entwicklung ist die Inflation. Jährlich vermehrte der Staat bei sinkender Gütererzeugung die papiernen Zahlungsmittel und deckte damit seine Ausgaben, anstatt die Mittel durch Steuern zu erheben. Besitzversteuerung aber gestatteten die reichen „Patrioten“ und die bürgerlichen Parteien nicht. Diese Verweigerung der Steuerleistungen brachte dem Volk doppelten Vorteil. Sie befreite ihn nicht nur von den öffentlichen Lasten, die in allen anderen Ländern getragen werden müßten, sondern führte auch zu ungeheurerlicher Bereicherung bei gleichzeitiger unbeschreiblicher Verarmung aller übrigen Bevölkerungsschichten. Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß diese Wirkung von Anfang an als Ziel konsequent verfolgt wurde, so enthält doch die Entwicklung der letzten Jahre der deutschen Politik überaus zahlreiche Beweise dafür, daß jede Bekämpfung der Inflation so lange auf den erbittertsten Widerstand der Stinnes, Helfferich und Havenstein stieß, so lange der Sachbesitz von der Entwertung der Mark profitierte und das Volk verarmte. Erst als die Inflation sich in wilden Sprüngen überschlug, als Löhne, Gehälter und Renten wertbeständig gemacht wurden, die Abwälzung der Lasten durch die Inflationsbesteuerung nicht mehr möglich war, Handel, Banken, Landwirtschaft und Industrie die Lasten der Inflation mittragen mußten und die Gefahr des völligen Wirtschaftskollapses deutlich erkennbar war, da wurden die Versuche zur Währungsreform begonnen, die die Sozialdemokratie viele Jahre hindurch vergeblich verlangt hat. Wenn also die Besitzer von Hypotheken, von Pfandbriefen, von öffentlichen Anleihen, von Sparkassenguthaben und Lebensversicherungsansprüchen um ihre sauer ersparten Vermögensanlagen gebracht worden sind, so verdanken sie das in der Hauptsache denjenigen, die Förderer und Nutznießer der Inflation waren und sich jeder aktiven Währungs- und Wirtschaftspolitik zu ihrer Bekämpfung widersetzen.

Durch die im November 1923 endlich erreichte Stabilisierung, für die die Grundlagen der sozialdemokratischen Finanzminister Hilferding gelegt hat, ist die Regelung der Aufwertungsfrage plötzlich akut geworden. Es war deshalb begreiflich, daß die Opfer der Inflation, deren Vermögensanlagen entwertet waren, auf eine Regelung drängten, die ihnen Sicherheit verschaffte, ob und in welcher Höhe sie auf Rückerstattung ihrer Guthaben zu rechnen hätten. Weniger verständlich ist es schon, daß diejenigen, die noch in der Mitte des vergangenen Jahres jede Aufwertung auf das schärfste bekämpften, nun plötzlich ebenso heftige Anhänger der Aufwertung wurden. Der ehemalige Justizminister der Deutschen Volkspartei, Dr. Heinze, hat durch seine schroffe Ablehnung jeder Möglichkeit der Aufwertung Mitte 1923 ebensoviel zur Schädigung der Hypotheken- und Sparkassengläubiger beigetragen wie Helfferich durch seine verderbliche Finanzpolitik. Wenn deshalb jetzt die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen „Mitleid mit den armen Opfern der Inflation“ bekunden, so ist dabei eine sehr erhebliche Portion Heuchelei und Demagogie.

Die ungeheure ökonomische und soziale Revolution, die durch die Geldentwertung hervorgerufen worden ist, ist durch keinen staatlichen Eingriff ungeheurer zu machen. Das Wirtschaftsleben eines modernen, in die Weltwirtschaft verflochtenen Industriestaates ist so vielfältig, daß eine in fast zehn Jahren vollzogene Entwertung bereits zu solchen Veränderungen und Verschiebungen geführt hat, daß aus Unrecht Recht zu machen ein vergebliches Beginnen ist.

Wie soll der jahrelange Raub an dem Arbeitseinkommen wieder gutgemacht werden? Wie soll derer gedacht werden, die durch die Not gezwungen sich bereits haben abfinden lassen? Und umgekehrt, wie sollen die Schuldner behandelt werden, bei denen der durch die Entwertung ihrer Schulden erzielte Vermögenszuwachs nicht mehr vorhanden ist? An eine allgemeine Rückwärtsentwicklung der Inflation ist also auf dem Wege des zwangsweisen Eingriffs des Staates nicht zu denken, will man nicht

## Reisereise - Sturzflug.

### Strefemann in Dresden.

Herr Strefemann hat gestern nach glücklicher Landung in Dresden einen politischen Unfall erlitten, von dem noch festzustellen werden muß, ob er auf ein Verlangen der Hemmungen beim Redner selbst oder auf eine geradezu strafwürdige Art der Berichterstattung zurückzuführen ist. Der offiziöse W.B.-Bericht legt dem Außenminister Säge in den Mund, die innen- und außenpolitisch den größten Schaden anzurichten geeignet sind. Hat er sie gesprochen oder nicht?

Wir wollen uns nicht lange bei dem Unsinn des Satzes über die „Gleichmacherei“ der Revolution aufhalten, zum Theoretisieren ist keine Zeit. Herr Strefemann soll aber auch gesagt haben, „die Regierung denke nicht daran, in besonders gefährdeten Gebieten den Ausnahmezustand völlig aufzuheben“. Was soll das heißen? Soll das heißen, daß man den amtlich veröffentlichten Briefwechsel Seeckt-Ebert nachträglich zur Komödie degradieren will, zu der man die Person des Reichspräsidenten mißbraucht hat? Die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes zum 1. März ist zugesagt, diese Zusage wieder zurückziehen heißt die Kapitulation der Reichsautorität vor der deutschnationalen Agitation vollziehen, heißt innere Verbitterungen und Erschütterungen geradezu künstlich heraufbeschwören. Also, was hat Strefemann gesagt, und was hat er gemeint?

Herr Strefemann soll ferner geagt haben, es sei festgestellt, daß, wenn von Bayern aus der Marsch nach Berlin angeordnet worden wäre, gleichzeitig Deutschland von den fremden Mächten von drei Seiten aus bedroht gewesen wäre. Diese Feststellung, daß Franzosen, Polen und Tschechen nach Deutschland einmarschiert wären, wenn der bayerische Stoß auf Berlin durchgefallen worden wäre, ist völlig neu und entspricht unseres Wissens nicht den Tatsachen. Der deutsche Außenminister unterstellt damit drei fremden Regierungen Absichten, von denen sehr schwer nachzuweisen sein wird, daß sie sie wirklich gehabt haben, und die zurückzuweisen seine Pflicht wäre, wenn sie wirklich vorhanden gewesen wären.

Dann soll Herr Strefemann unsere Zeit mit der Zeit zwischen der französischen Revolution und dem Wiener Kongreß verglichen und angekündigt haben, „man könne vielleicht sehr bald mit einer völligen Umgestaltung der Weltpolitik zur Frage des Versailler Friedensvertrages rechnen“. Jeder von uns würde wünschen, dies wäre tatsächlich der Fall, aber nichts kann unsere Hoffnungen sicherer verderben als ein bis zum Leichtsinne getriebener Optimismus in der Beurteilung der Weltlage. Der Wiener Kongreß kam erst, nachdem sich eine Weltkoalition gebildet hatte, die das bis dahin siegreiche Frankreich in zwei Kriegen niederlegte. Glaubt Herr Strefemann, daß hier ein geschichtlicher Parallellfall vorliegt? Wir glauben nicht, daß er es aber glaubt! Aber angenommen, er glaubte es und würde als deutscher Reichsaußenminister sagen, daß er es glaubt — ja, was sollte man von so einem deutschen Reichsaußenminister halten?

Hoffentlich gibt es eine stenographische Aufnahme der Dresdner Rede, aus der hervorgeht, daß Herr Strefemann an den Unmöglichkeiten, die der Berichtersteller von W.B. ihm in den Mund gelegt hat, unschuldig ist. Jedenfalls steht soviel fest: So sehr, wie es nach dem Bericht scheint, darf ein parteipolitischer Erfolgredner nicht vergessen, daß er nebenbei auch die Verantwortung für die auswärtige Politik

des Reiches trägt, und so, wie es W.B. getan hat, darf über die Rede eines deutschen Außenministers nicht berichtet werden!

## Ein neues Ehrenwort Kossbachs.

### Wann wird es gebrochen?

Wien, 23. Februar. (W.B.) Oberleutnant Kossbach hat die Aushaltbewilligung für das Land Salzburg erhalten gegen die Verpflichtung, seine gegen den Bestand der Republik Oesterreich gerichtete Tätigkeit auszuharren.

Herr Kossbach hat schon wiederholte solche „Verpflichtungen“ abgegeben. Zuletzt, als er aus der Untersuchungshaft in Leipzig entlassen wurde, die Verpflichtung, sich dauernd zur Verfügung der Polizei zu halten und jeder Vorladung sofort Folge zu leisten. Statt dessen verschwand er nach Bayern und hat den Novemberputsch vorbereitet. Die Oesterreicher, die der „Verpflichtung“ dieses Mannes Glauben schenken, sind zu bedauern.

## Frankreichs eventuelle Konzessionen.

### Konferenz mit Degoutte.

Paris, 23. Februar. (U.) Gestern nachmittag hat zwischen Polcaré und dem Kriegsminister sowie dem General Degoutte eine wichtige Besprechung stattgefunden, in deren Verlauf auch zu dem voraussichtlichen Verlaufe der Sachverständigen Stellung genommen wurde. General Degoutte erstattete Bericht über die eventuellen Konzessionen, die Frankreich im Ruhrgebiete unter Aufrechterhaltung der Militärkontrollen zulassen könne. Die Konferenz dauerte zwei Stunden. Die wirtschaftliche Räumung des Ruhr- und Rheingebietes, schreibt „Daily Mail“, dürfte nicht mit einer militärischen Räumung verwechselt werden. Die Ruhr werde von den französisch-belgischen Truppen nur nach Maßgabe der deutschen Reparationszahlungen geräumt. Was den Völkerverbund angeht, so sei die französische Regierung nicht abgeneigt, sich mit der Frage der Militärkontrolle in Deutschland zu befassen, vorausgesetzt, daß ein detaillierter Reparationsplan sehr ausgearbeitet und von Deutschland angenommen werde. Die französische Regierung habe auch nichts dagegen, daß der Völkerverbund im Anschluß an die Kontrolle der deutschen Abrüstungen über die Entmilitarisierung der Rheinlande wache, sobald die verhandelten Truppen auf Grund des Vertrages abgerückt sein werden.

## Annahme des französischen Finanzgesetzes.

Paris, 23. Februar. (W.B.) Die Kammer hat den Finanzgesetzentwurf der Regierung im ganzen mit 354 gegen 218 Stimmen angenommen.

## Leichte Markbesserung im Ausland.

Die Nachricht, daß Poincaré nunmehr sich bereit erklärt haben soll, einige Zugeständnisse in der Ruhrfrage und auch in der Frage der Goldnotenbank zu machen, veranlaßte eine wesentliche günstigere Markwertung am internationalen Markt, so daß, namentlich in London, Zürich und Amsterdam, die Auszahlung Berlin etwas anziehen konnte. Am Berliner Devisenmarkt waren die Anforderungen am heutigen Tage etwas geringer. Doch hielt sich die Reparierung ungefähr auf der gleichen Höhe wie am Vortage. New York, London und Amsterdam wurden mit 3 Prozent zugeteilt, wobei noch zu erwähnen ist, daß die Devisen Holland auf 1575 neu festgesetzt wurde und England mit 18150 notierte. Nordische Devisen wurden mit circa 5 Prozent und die Schweiz ebenfalls mit 5 Prozent zugeteilt.



## Die Reaktion in Litauen.

Aus Romno wird uns geschrieben:

Im litauischen Sejm hatte die Sozialdemokratie eine Interpellation eingebracht, die sich mit den in der Verfassung festgelegten Grundrechten befaßt. In ihr wird gesagt, daß das letzte Kabinett Salnanauskas in der Regierungserklärung versprochen habe, besonderes Augenmerk auf die Gerechtigkeit zu legen. Leider sei davon nicht viel zu spüren. Im Gegenteil läme es im Lande zu Überretungen der bürgerlichen Grundrechte. Die Politik der Regierung erschwere besonders die politische und wirtschaftliche Tätigkeit der Arbeiterschaft. So seien politische Gefangene bedroht, mißhandelt und unbegründete Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen worden. Diese Interpellation wurde durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien wirkungslos gemacht.

Das Organ der litauischen Sozialdemokratie, „Socialdemokratas“, schreibt hierzu u. a.:

Unsere dem Ministertabineit eingereichte Interpellation über die Ueberschreitungen der bürgerlichen Freiheit hat eine große Bedeutung. Sie betrifft die Rechtsfrage des Landes und die grundlegenden Rechtsbegriffe, welche die konstitutionellen Gesetze in jeder demokratischen Republik beschützen, die Unantastbarkeit der Person und des Besitzes, die Pressefreiheit usw. Die Ereignisse der letzten Zeit: z. B. Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, mit nichts zu begründende Pressensur, dieses alles gibt ein umfangreiches Material, das die Interpellation im Sejm notwendig machte, um die Öffentlichkeit auf diese Dinge aufmerksam zu machen. Es ist uns nicht gleich, ob wir in einem gerechten Lande leben, wo nichts ohne Ursache oder außer den Gesetzen geschehen kann oder ob die Autokratie die Freiheit der Staatsbürger beschränkt.

In der letzten Zeit sind unerhört viele Hausdurchsuchungen und Verhaftungen, politischer Personen in allen Teilen Litauens vorgenommen worden. Schon der Verdacht oder Anzeige genügt zur Verhaftung. Unter den Verhafteten befinden sich Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Unter der Benutzung des Ausnahmezustandes wird diesen Vereinigungen das Versammlungsrecht unterbunden. Außerdem läßt die Zensur dieses nicht durch, z. B. Aufsätze über die mangelhafte Durchführung der Agrarreform. Außerdem werden die Redakteure auf administrativem Wege bestraft. Wir fragen, wie lange will die Regierung den Ausnahmezustand aufrechterhalten und nach welchen Gesetzen bestraft die Pressezensur und ob diese nicht der Verfassung und dem Pressegesetz widerspricht?

Im Parlament wird viel geredet, zum Schluß kommt man zu keinem Resultat. Auf diese Art drücken sich die anderen Parteien vor der Auseinandersetzung mit dem Kabinett. Die Besprechung dieser Interpellation wurde unbeeidet abgebrochen. Wenn die Aussprache sich mit den Grundrechten der Staatsbürger befaßt, muß die Fraktion der Sozialdemokraten verlangen, daß die Parteien sich für oder wider die Reaktion erklären. Die Antwort erwartet Litauens Volk und wird sie zu beruhigen wissen!

Ueber das Miten der Reaktion in Litauen erhalten wir noch folgende Mitteilung:

In der Nacht vom 8. auf den 9. Februar fanden in Romno und anderen Städten Litauens Massenverhaftungen statt, von denen in erster Linie die tätigen Mitglieder der jüdischen Kulturliga sowie fast sämtliche Lehrer der jüdischen weltlichen Schulen betroffen wurden. Die Kulturliga ist in Litauen wie in anderen Ländern eine vorwiegend aus Arbeitern und sozialistischer Intelligenz bestehende Organisation, die ihre Hauptaufgabe in der Gründung und Erhaltung eines weltlichen Volksschulwesens mit jüdischer Unterrichtssprache und in der Förderung der Kulturinteressen der breiten jüdischen Volksschichten überhaupt sieht.

Die vorgenommenen Verhaftungen sowie die gleichzeitig erfolgte Abschlagnahme der Archive und Schließung der Lokalitäten der Kulturliga bedeuten einen schweren Schlag gegen die jüdische Kulturarbeit. Insbesondere stehen die Schulen, in welchen Tausende von Kindern und jugendlichen Arbeitern ihre Erziehung bekommen, vor der Gefahr der Schließung, da ihnen die Lehrkräfte durch Verhaftung entzogen worden sind.

Romno, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im litauischen Sejm haben die Sozialisten und die kleinen Grundbesitzer ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Salnanauskas eingebracht. Die Stellung des Kabinetts gilt als erschüttert.

Im Sejm führte ein sozialistischer Antrag, betreffend die Verleihung der Staatsbürgerlichen Rechte, zu stürmischen Ausbrüchen.

## Ein Vorstoß der polnischen Nationalisten.

Deutscheschindliche Verhältnisse im polnischen Sejm.

Warschau, 22. Februar. (OZ.) Der Sejm war gestern der Schauplatz deutschfeindlicher Kundgebungen. Gerade am Vorabend des Wiederbeginns der deutsch-polnischen Verhandlungen sind im polnischen Parlament drei Anträge angenommen worden, die mit ihrem deutschen Inhalt der Vernichtung des Deutschturns in den Westmarken jetzt geradezu wie eine Kampfanlage wirken müssen. Der erste dieser Anträge, der von der Nationalen Arbeiterpartei eingebracht wurde, fordert „Berichtigungsmassnahmen für den im Dezember 1923 gegen die polnischen Saisonarbeiter in Westmarken angewandten Zwang zur Rückwanderung“. Tatsächlich ist diese Angelegenheit durch Verhandlungen der beiden Regierungen längst geregelt und der Antrag somit überholt. Dennoch wurde er von 27 Parteien angenommen. Der zweite Antrag kam von den Nationaldemokraten und richtete sich direkt gegen die deutsch-polnischen Verhandlungen, deren Abbruch er forderte; statt zu verhandeln, sollten Restorationsmassnahmen angewandt und weitgehende Ausweisungen deutscher Reichsangehöriger aus den Westmarken als lästiger Ausländer vorgenommen werden. Hierfür stimmten das Zentrum und die Rechte. Die Linke und die Minderheiten dagegen. Als dritter Antrag lag von der links-polnischen Partei der Vorschlag vor, die Liquidation deutscher Güter zu beschleunigen und die deutschen Gesellschaften durch den polnischen Staat zu enteignen, was ebenfalls angenommen wurde. Die ganze Aktion bedeutet den Versuch, einer Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen entgegenzuarbeiten.

## Rußland und der Völkerbund.

Genf, 22. Februar. (WZ.) Das Völkerbundssekretariat hat am Beginn des Jahres den Nichtmitgliedstaaten den provisorischen Entwurf für einen Garantiepakt (Vertrag für gegenseitige Hilfeleistung) zur Stellungnahme zugelandt. Der russische Volkskommissar für das Äußere Tschitscherin hat nunmehr dem Generalsekretär des Völkerbundes telegraphisch mitgeteilt, daß Rußland angesichts der Wichtigkeit dieser Frage seine Antwort noch aufschieben muß.

Abbruch der russisch-japanischen Beziehungen.

Tokio, 23. Februar. (U.) Der Vertreter der sowjetrussischen Nachrichtenagentur hat Befehl erhalten, Tokio unverzüglich zu verlassen. Überdies sind die Berichterstatter der japanischen Blätter aus Moskau ausgewiesen und haben die Stadt gleichfalls sofort verlassen. Die Russen haben den japanischen Konsul in Wladimostok gebeten, mit seinem Personal nach Japan zurückzukehren.

## Verfallwohnungen.

Riederschmetzernde Einbrüche kulturellen und hygienischen Verfallszeitige eine Befähigung von Wohnungen durch den Reichswohlfahrtsminister in den alten Berliner Stadtteilen unter Führung des Regierungsbaumeisters Krassert vom städtischen Zentralamt für das Wohnungswesen. In der Befähigung nahmen teil: Vertreter des Oberpräsidenten und des Polizeipräsidenten und von der Stadt der Magistratsdeputierten Genosse Stadtrat Wuhly und Dr. Wild vom Zentralamt für das Wohnungswesen. Es wurden besichtigt Häuser in der Kürassierstraße, Fischerstraße, Waisenstraße und Parochialstraße.

Es handelt sich durchweg um Häuser bei denen der Verfall so weit fortgeschritten ist, daß eine bauliche Erneuerung unmöglich ist. Die Häuser sind zurzeit noch bewohnt. Die Abortanlagen sind zwar an die Stadtentwässerung angeschlossen, werden aber auf dem Hofe oder im Keller oder in einem Hofe auf dem Dachgeschoß. Welche gesundheitlichen Gefahren für die Bewohner und überhaupt für das städtische Gesundheitswesen bestehen, liegen auf der Hand. Die Wohnungen sind durchweg ohne Sonne, meistens ohne Durchlüftungsmöglichkeit, hier und waren die Fensterflügel nur durch Riegel in den Fensterrahmen festgehalten, so daß ein Aufmachen der Fenster unmöglich ist. Die Wasserleitungen befinden sich meist auf den Treppenhöfen. Sie sind nämlich in diese alten Häuser nachträglich hineingelegt worden, da ein Anschluß nicht möglich war. Welche gesundheitlichen Gefahren die Benutzung der Becken durch die verschiedensten Bewohner des Hauses mit sich bringt, braucht nicht erst näher erläutert werden. Die seit 15 Jahren fast überall nicht mehr verbesserten Dächer sowie die schlechte Durchlüftung haben selbstverständlich auch zu Rauschereien und Pilzbildungen an den Wänden geführt. Die Dächer sind zum Teil so verfallen, daß der Dachdecker nicht mehr auf das Dach hinaus kann, um die notwendigen Ausbesserungen vorzunehmen. Es ist also jede Erneuerung ausgeschlossen. Die Küchen und Wohnräume sind zum Teil nur mit eisernen Herden und Öfen ausgestattet. Die Treppenaufgänge sind durch schmale Stufen und steilen Anstiege für Kinder und alte Leute geradezu lebensgefährlich zu befehlen. Die Geländer sind morsch oder durch Latzen gestützt. Die Wohnräume sind für die heutigen Begriffe viel zu klein. Ebenso sind Küchen von weniger als vier Quadratmeter Grundfläche, hier und da weniger als zwei Quadratmeter keine Seltenheit. Die Höfe sind fast durchweg enge Lichtschächle, in denen nur Müll und Abfälle lagern, wodurch das ungezielte Brüllstücken und Schmutzwasser hat.

Es ist zu hoffen, daß die Einbrüche dieser Befähigung nicht ohne Berücksichtigung bleiben werden bei den durch die Länder im Rahmen der Steuernotverordnung zu ermöglichenden Maßnahmen gegen die Wohnungsnot. Man kann in Berlin leider mit mindestens 1000 solcher Verfallwohnungen rechnen, so daß also nach der Durchschnittsziffer des Wohnungsamtes etwa drei- bis viertausend Insassen solcher Wohnungen in schwerster Wohnungsnot sich befinden. Hierzu kommen aber noch etwa 500 Familien mit ungefähr 3000 Köpfen, die sich in den Adlershofer Baracken befinden, die seinerzeit von der Militärverwaltung zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien aus abgetretenen Gebieten übernommen werden mußten. Der Notstand ist selbstverständlich schon seit Beginn Gegenstand ernstlicher Sorgen und Versuche des Wohnungsamtes gewesen, ihn mit Hilfe der zuständigen Reichs- und Staatsstellen zu beseitigen. Die Not der Zeit und die allgemeine Lage der Finanzen und letzten Endes aber auch die Geldentwertung, die Teuerung aller Baumaterialien haben selbstverständlich dies erschwert. Hoffentlich wird die Stabilisierung der Mark auch auf diesem Gebiete günstig auswirken, und die neue Steuernotverordnung gibt ja hierzu die Möglichkeit, endlich der Wohnungsnot besonders in dieser Zeit energisch zu Leibe gehen.

## „Wertbeständige“ Geldfälscher.

Mehrere verhaftet, andere noch an der Arbeit.

Zwei Falschgeldwerkstätten wurden von der Reichsbankfalschgebidteilung in Berlin entdeckt und ausgehoben.

In der Reichenberger Straße hatten sich ein Händler Richard Förster und ein Arbeiter Paul Walde eine kleine Druckerei eigens für Geldfälschungen eingerichtet. Beide wußten auf dem Gebiete Bescheid und sind wiederholt vorbestraft. In der Reichenberger Straße fertigten sie Reichsbankzwischen-scheine zu 1,05 Goldmark und brachten sie in Berlin in Verkehr. — In der Straußberger Straße stellten der Buchdruckermeister Unglaube in seinem größeren Betriebe, und ein Chauffeur Viktor Otto Reichsbankzwischen-scheine zu 2,10 Goldmark her und liehen sie in der Provinz vertrieben. Einer dieser Verbreiter, ein gewisser Kleinschmid, wurde in Stargard in Pommern erwischt und festgenommen. Andere werden noch gesucht. Die Hersteller wurden hinter Schloß und Riegel gesetzt. — In Hamburg wurde ein rheinischer Kaufmann Karl Bogt festgenommen, als er falsche 100-Dollarnoten ausgab. Er behauptete, sie selbst gutgläubig erhalten zu haben, als er in Berlin eine 500-Dollarnote von einem Denkschilder habe wechseln lassen. Zur weiteren Klärung wurde Bogt nach Berlin gebracht. Aber auch hier war ihm nichts nachzuweisen, und er mußte wegen Mangels an Beweisen wieder freigelassen werden. Zum Dank dafür versprach er der Falschgebidteilung der Reichsbank, der Kriminalpolizei bei der Ermittlung von wilden Denkschildern helfen zu wollen, weil sie ihn in eine so böse Lage gebracht hätten. Schon nach wenigen Tagen aber wurde der Entlassene der Abteilung wieder vorgeführt, jedoch nicht als Helfer, sondern weil er in einem Juwelieregeschäft in der Friedrichstraße wieder mit einer falschen 100-Dollarnote erwischt worden war. Die Herkunft der falschen Noten ist unbekannt. Die Ver-ausgabung von gefälschten 100-Dollarnoten, die aus 0,42 Goldmark-scheinen des Freistaats Preußen hergestellt wurden, hat in Berlin so gut wie aufgehört, wird aber neuerdings in der Provinz betrieben. Die Verbreiter, die in Berlin einmal angehalten wurden, sind alle verurteilt, wenn sie wegen Mangels an Beweisen entlassen werden müssen. Sie glauben nun, in der Provinz wieder den harmlosen spielen zu können, weil man sie dort noch nicht kennt. Das ist eine Täuschung, da die Zentralstelle in Berlin jedesmal auch die Provinz benachrichtigt und diese wiederum in Berlin anfragt, sobald ein Verursacher von Falschgeld angehalten wird.

## Das Ende einer Bierreise.

Ein lustiges Ende hat heute früh eine Bierreise, die gestern abend und die Nacht hindurch der Kürschnermeister Wilhelm Pletsch aus der Siegmaringenstraße 36 mit einem Reisenden Hans Barth aus der Palzburger Straße 54 unternahm. Die beiden Männer trafen nach der ausgedehnten Anspanner ein Mädchen und nahmen es mit in die Wohnung des Kürschnermeisters. Hier gerieten sie gleich nach der Heimkehr um 5 Uhr morgens ihrer Begleiterin wegen in einen Streit, der in Tätlichkeiten ausartete. Barth, der stärkere, warf Pletsch zu Boden, packte ihn an der Kehle, würgte ihn und kniete ihm auf der Brust. Auf die Hilferufe des Bedrohten erwachte ein Hausbesitzer Herbert Brumme, der in einem Nebenzimmer wohnte. Als er seinen Wohnungsgenossen in der bedrängten Lage sah, nahm er dessen Armeersolber für den Pletsch einen Waffenscheln bei, und gab auf Barth zwei Schüsse ab. Einer traf ihn in den Kopf, der andere in die Brust. Barth war sofort tot. Die Leiche wurde beschnitten. Brumme, ein Junge von 16 Jahren, wurde vorläufig festgenommen.

## Die Krankenkassen-Ambulatorien.

Ihr ärztlichen Versorgung der Krankenkassenmitglieder haben die Krankenkassen in Groß-Berlin eigene Behandlungsstellen, sogenannte Ambulatorien eingerichtet, deren Zahl sich jetzt bereits auf über 20 beläuft. Wir bringen hier eine Liste der bisher eingerichteten Ambulatorien und fügen kurze Angaben über die ärztliche Besetzung hinzu.

Alexanderplatz (Verband der Krankenkassen), Alexanderstr. 89/90, 1. Arzt für orthopädische Chirurgie, 2. Arzt für Weiblichen, 3. Praktischer Arzt. — Klosterstr. 65/67, 1. Chirurg, 2. Frauenarzt, 3. Augenarzt, 4. Arzt für innere Krankheiten, 5. Haut- und Geschlechtsarzt, 6. Praktischer Arzt. — Schöneberg (Allg. Ortskrankenkasse), Brunenwaldstr. 30, 1. Hals-, Nasen- und Ohrenarzt, 2. Haut- und Geschlechtsarzt, 3. Spezialärzte für innere Krankheiten (insbesondere Lunge und Nerven), 4. Praktischer Arzt. — Charlottenburg (Allg. Ortskrankenkasse), Am Volkshaus 1, 1. Chirurg, 2. Frauenarzt, 3. Haut- und Geschlechtsarzt, 4. Praktischer Arzt. — Reutlin (Allg. Ortskrankenkasse), Idealpforte 12, 1. Chirurg, 2. Arzt für innere Krankheiten, 3. Praktischer Arzt. — Chausseestraße 128 (Betriebskrankenkasse der AGG. und Tochtergesellschaft), 1. Arzt für innere Krankheiten, 2. Praktischer Arzt, 3. Vergiftung. — Südelandstr. 45, 1. Praktischer Arzt, 2. Arzt für innere Krankheiten. — Lichtenberg (Allg. Ortskrankenkasse), Magdalenastr. 14/15, Praktischer Arzt. — Lichtenberg, Magdalenastr. 22, Praktischer Arzt. — Lichtenberg, Rathaus. Praktischer Arzt. — Lichtenberg-Rohlsdorf, Treßlowallee 44, Praktischer Arzt. — Friedenau (Allgemeine Ortskrankenkasse), Rheinstr. 8, 1. Frauenarzt, 2. Praktischer Arzt. — Köpenick (Strohenbadbad), Marienstraße, Praktischer Arzt. — Adlershof (Allgemeine Ortskrankenkasse), Voladowstr. 7, Praktischer Arzt. — Reinickendorf (Allg. Ortskrankenkasse), Residenzstr. 188, Praktischer Arzt. — Oberschönebrunn (Schulgesundheitsamt), Friedenstr. 6, Praktischer Arzt. — Oberichnebrunn (Allg. Ortskrankenkasse), Elementstr. 3, Praktischer Arzt. — Wittenau (Allg. Ortskrankenkasse), Hauptstr. 65, Praktische Ärzte. — Treptow (Strohenbadbad), Elisenstr. 2, Praktischer Arzt. — Glienicke (Allg. Ortskrankenkasse), Burgartenstr. 2, Praktischer Arzt. — Lichtenberg (Allg. Ortskrankenkasse), Moonstr. 18, Praktischer Arzt. — Tegel (Allg. Ortskrankenkasse), Brunowstr. 28, Praktischer Arzt. — Wladimir, 12, Diagnostisches Institut, Haut- und Geschlechtsarzt. — Große Frankfurter Str. 187, 1. Frauenarzt, 2. Chirurgen, 3. Praktischer Arzt. — Teglich, Adrestr. 55, Praktischer Arzt. — Weissenhof, Viktorstr. 17, Praktische Ärzte.

## Für freie Körperkultur.

Auf Wunsch der Sammelschulen Maabit sprach der Vertreter der Deutschen Hochschule für Leibesübungen (Berlin-Stadion), Dr. Alrod, eine anerkannte Autorität, über den Wert rhythmischer Gymnastik. In der überfüllten Aula waren mehr als 400 Eltern und ein Teil der Lehrerschaft beider Schulen versammelt. Dr. Alrod begann mit einem Hinweis auf das klassische Altertum, auf das Leben im alten Griechenland, die ihrer Lebensauffassung entsprechend den Hauptwert auf die Pflege ihres Leibes legten. Die Menschen sollen ihren nackten Leib zur Wehrhaftigkeit und Schönheit erziehen. Ohne Kampf gegen alle Traktion ist das nicht möglich. Dieser Kampf soll aber nicht durch Kriege, die noch im Alter leben, gewaltsam behindert werden: Diese Bewegung ist nicht mehr aufzuhalten, sie wird bestimmt kommen! Mit einiger Vorsicht und gegenseitigem Verständnis werden wir hier fortgeschrittenen Kreisen der Weg freigegeben werden müssen. (Großer Beifall!) Nach der Debatte wurde folgender Antrag gegen fünf Stimmen angenommen: „Die am 20. Februar 1924 versammelte Eltern- und Lehrerschaft der 240. und 254. Gemeindefschule Waldenferstraße stellen noch einmal fest, daß die in der Öffentlichkeit verbreitete Nachricht von der Abhaltung rhythmisch-gymnastischer Kurse oder „Radtänze“ un-wahr ist. — Die Kurse sind von einer privaten Vereinigung, den Gruppen für freie Körperkultur, eingerichtet worden. Wahr ist lediglich, daß Schulräume zeitweilig außerhalb des Unterrichts benutzt worden sind, was seit fünf Monaten nicht mehr der Fall ist. — Trotzdem halten die verammelten Eltern und Lehrer die freie Art der Körperbildung, wie sie Lehrer Adolf Koch und seine Freunde treiben, für notwendig und richtig. — Herr Dr. Alrod, als der Vertreter der Deutschen Hochschule für Leibesübungen, als heutiger Referent entsandt, ist darin mit uns und Lehrer Adolf Koch der gleichen Ansicht. Wir fordern daher 1. Sofortige Freigabe von Schulräumen für Leibesübungen mit unbefehlenden Kindern von Magistrat und Provinzial-schulsaalrat. 2. Gestattung eines Versuches innerhalb des amtlichen Planes innerhalb der Schulpflicht rhythmisch-gymnastische Übungen vorzunehmen. 3. Sofortige Aufhebung der amtlichen Beurteilung des Lehrers Adolf Koch und Rückkehr in keine Klasse an der 240. Schule. 4. Amtliche Richtfeststellung der Bügenachrichten über Oberschulrat Paulsen und unsere Schulen.“

Uebervollen und in den Landwehrkanal geworfen. Ein Landwirt aus Neuendorf, der zurzeit in Schöneberg wohnt, wurde, als er auf dem Heimweg die Anfert der Frelorchenbrücke im Tiergarten erreicht hatte, von zwei Männern überfallen. Sie verletzten ihm mit einem harten Gegenstande einen Schlag ins Gesicht, der eine erhebliche Verletzung herbeiführte, packten und warfen ihn, ohne ihm etwas zu rauben, in das Wasser. Schupobeamte, die auf seine Hilferufe herbeieilten, retteten den Uebervollen. Die Uebervollen waren unterdessen verschwunden und sind noch nicht ermittelt.

## Silberdiebstähle auf einer Güte.

Auf der Blei- und Silberhütte K.-G. in Braubach (Regierungsbezirk Wiesbaden) hatten seit längerer Zeit große Mengen Silber und Gold gefehlt, ohne daß festzustellen war, wohin sie gekommen waren. So verschwanden im Jahre 1920 21 900 Kilogramm, sodann einmal 1200 Kilogramm, weiter 31 Blöcke zu je 1-2 Kilogramm und ein großer Silberblock von 24 Kilogramm, außerdem 10 Kilogramm Gold und Silber. Die Gold- und Silberhütteanstalt Frankfurt a. M. machte schließlich die Blei- und Silberhütte in Braubach darauf aufmerksam, daß in Holland große Mengen Silber angeboten wurden, die in Braubach verarbeitet worden waren. Nach einiger Zeit konnte die Feststellung gemacht werden, daß von neuem große Silbermengen abhanden gekommen waren. Die angestellten Untersuchungen ergaben, daß zwei Arbeiter, die 34 bzw. 24 Jahre bei der Hütte bedienstet sind, nämlich der Hüttenarbeiter Peil und der Hüttenarbeiter Hohl die Edelmetalle gestohlen hatten. Sie gaben an, auf Veranlassung und Anstiften des Krankenkassenarztes Dr. Adolf Roth in Braubach gehandelt zu haben. Dr. Roth ließ das gestohlene Silber in Koblenz und Holland verkaufen. Vor der Wiesbadener Strafkammer haben die Arbeiter die Diebstähle zu. Das Urteil lautete gegen Peil und Hohl auf je 9 Monate Gefängnis, gegen Dr. Roth auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis.

## Die Eisnot in der Ostsee.

Durch die Donnerstag und Freitag in der mittleren Ostsee herrschenden stürmischen West- und Nordwestwinde ist, wie die Marine-station in der Ostsee mitteilt, die Lage der im Eise eingeschlossenen Dampfer gefährdet worden, da sie teilweise mit dem ausgebrochenen Eis, ohne sich herausarbeiten zu können, ins Treiben geraten sind. Erste Rettungsversuche auf drohendem Wege sind eingelaufen. Die „Braunschweig“, die mit nur noch 20 Tonnen Kohle in Ewinemünde mit dem Dampfer „Valias“ im Retrowasser am Donnerstag eingelaufen ist, wird sofort nach beschleunigter Kohlenübernahme auslaufen, um den bedrängten Schiffen Hilfe zu bringen. Für die Hilfeleistung kommen nur starke Eisbrecher oder Linienfahrzeuge in Frage, von denen aber zurzeit nur die „Braunschweig“ fahrbereit ist.

117. 234. 235. 236. Sonntag vorm. 10 Uhr bei Emil Rieger, Wriezenerstraße 23, „Norddeutscher“-Agitation.

